

08.11.2026

P R E S S E M I T T E I L U N G

TVStudBrandenburg

Streik in der Wissenschaft: Studentische Beschäftigte wollen nicht mehr die größte Tariflücke im öffentlichen Dienst sein

Potsdam – In den laufenden Tarifverhandlungen im Bereich des TV-L zwischen Gewerkschaften und der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) wird in der zweiten Runde am 15.01.26 erneut über einen Tarifvertrag für studentisch Beschäftigte an deutschen Hochschulen im TV-L Geltungsbereich verhandelt. Mit über 300.00 nicht-tarifierten Beschäftigten bundesweit stellen Student:innen, die an Hochschulen und Forschungseinrichtungen arbeiten, weiterhin die größte Tariflücke im Öffentlichen Dienst dar.

„Studentische Beschäftigte arbeiten unter Bedingungen, die sich die meisten anderen Arbeitnehmer:innen nicht einmal vorstellen können. Ein-Jahresverträge für die meisten studentisch-Beschäftigten, sechs Monatsverträge für Tutor*innen, die wenigsten haben einen Arbeitsplatz oder ein Arbeitsgerät. Dazu kommen häufig unbezahlte Arbeit, wenig Grundgehalt sowie der grundsätzliche Ausschluss aus allen tariflich geregelten Sonderzahlungen (z.B. Inflationsbonus, Weihnachtsgeld, Urlaubsgeld etc.). Des Weiteren wird schamlos ausgenutzt, dass studentische Beschäftigte meist Arbeitnehmer mit wenig oder keiner Arbeitserfahrung sind, keine Mitteilung von Urlaub oder unangemeldete Überstunden die zu Überlastung führen sind an der Tagesordnung. Diese Beschäftigtengruppen wird systematisch benachteiligt und das obwohl sie noch ein 40-60 Stunden Studium "nebenbei" bewältigt. Das alles könnte ein Tarifvertrag verbessern.“

sagt Marcel Tobolski, studentisch beschäftigt an der Universität Potsdam und Vorstandsmitglied des GEW Kreisverbandes Potsdam.

Das Land Brandenburg beschäftigt rund 3.000 studentische Beschäftigte an den acht staatlichen Brandenburger Hochschulen. Für alle gilt kein Tarifvertrag. Rund 90 % der studentischen Beschäftigten gelten in Brandenburg als armutsgefährdet, wie eine Studie aus dem Jahr 2023 ergab. (Quelle: <https://tvstud.de/studie-jung-akademisch-prekaer>, S. 69)

„Die Finanzierung von studentischen Beschäftigten aus Sachmitteln anstelle von Personalmitteln zeigt, wie wenig unsere Arbeit wertgeschätzt wird. Auf Initiative des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kultur (MWFK) Brandenburg wurde 2023 beim Dialogprozess „Gute Arbeit in der Wissenschaft“ die Forderung aufgenommen, dass das Land Brandenburg sich im Rahmen der TdL für einen Tarifvertrag für studentische Beschäftigte einsetzt. Diese Forderung stand ebenso im Koalitionsvertrag der Landesregierung. In den laufenden Tarifverhandlungen wurde der Tarifierung bisher allerdings eine Absage erteilt. Eine Umsetzungen dieser Vorhaben spüren studentische Beschäftigte also bisher nicht! Der Wille studentische Beschäftigte als wichtiger Pfeiler für Lehre und Forschung anzuerkennen, löst sich in Kürzungsdiskussionen auf. All das geschieht auf den Rücken von Studierenden, die die Zukunft unserer Forschungslandschaft sein sollen.“

sagt Tobias Pilz, AStA Referent für TVStud und studentisch Beschäftigte des 29. AStAs der Universität Potsdam.

Die Gewerkschaften GEW und ver.di fordern gemeinsam mit den Beschäftigten schon seit langem eine bundesweite Tarifierung z.B. nach Berliner Vorbild (TVStud), diese Forderung beinhaltet weiter:

- eine Mindestvertragslaufzeit von 24 Monaten,
- einen Mindeststundenumfang von 40 Stunden/Monat (Unterschreitung auf Antrag der*des Beschäftigten möglich) und
- ein einheitliches Mindeststundenentgelt von
 - 17,00 Euro im 1. Jahr der Beschäftigung,
 - ab dem 2. Jahr: 18,00 Euro,
 - ab dem 3. Jahr: 19,00 Euro (Berechnung mit Beginn des ersten Arbeitsvertrags).

Um diese Forderungen durchzusetzen folgen die studentischen Beschäftigten nun bundesweit den Streikaufrufen der Gewerkschaften GEW und ver.di, um für die zweite und dritte Verhandlungsrunde zwischen Gewerkschaften und TdL in Potsdam Druck aufzubauen.

Auch an den Potsdamer Hochschulen wird im Rahmen der Verhandlungen gestreikt werden. Zusätzlich zur zentralen Streikveranstaltung am Kongresshotel Potsdam ruft TVStudBrandenburg zur Vorab-Kundgebung am 15.1 von 9:30 – 10:15 am Rechenzentrum in der Dortustraße auf.

„Wir erwarten vom verhandelnden Innenminister, dass er sich an den Koalitionsvertrag von 2025 sowie die Ergebnisse des Dialogs Prozesses von 2023 hält und sich das Land Brandenburg in der TdL mit Nachdruck für den TVStud einsetzt. Wir sind uns allerdings auch bewusst, dass der TVStud nicht durch freundliches Fragen kommen wird, deshalb haben wir uns lange und intensiv mit unseren Kolleg:innen darauf vorbereitet, unseren Forderungen den nötigen Druck zu verleihen. Wir sind bereit und werden für den Tarifvertrag kämpfen!“

sagt Kaya Regnery, studentische Beschäftigte an der Universität Potsdam, TVStud-Aktive und Mitglied der Bezirklichen Arbeitskampleitung (BAKL) der Gewerkschaft ver.di.

Studentische Beschäftigte bezeichnet als Sammelbegriff studentische und wissenschaftliche Hilfskräfte sowie Tutor:innen.

Für Rückfragen steht Ihnen zur Verfügung:

Jakob Tuchelt
tuchelt@uni-potsdam.de
0179 6664039